

wortet, „daß, nachdem die Erwartungen in vergangenen Jahren nicht erfüllt und die Versprechungen seitens der Besatzungsmacht nicht eingehalten worden seien⁶⁴, beim Stadtrat keine Geneigtheit bestehe, wegen Geländebeschaffung etwas zu unternehmen“. Wahrscheinlich schlug der Stadtrat dann doch einen versöhnlicheren Ton an und suchte ein passendes Gelände, wie aus einem Brief vom 24. 10. 52 hervorgeht. Weil aber zwei Besitzer sich entgegenstellten, wurde von der französischen Verwaltung in Freiburg die Beschlagnahme ins Auge gefaßt⁶⁵. Darauf reagierte wiederum der OB von Lahr, Friedrich⁶⁶, indem er am 31. 10. 52 fragte, auf welche Rechtsgrundlage sich die Verfügung stütze, da ja Beschlagnahmeverfügungen „auf Landesebene nicht mehr erlassen werden“. Diese Frage wurde drei Monate später wiederholt, sollte aber einer Randnotiz nach keine Antwort bekommen.

Schließlich muß der Rechtsstreit irgendwie geschlichtet worden sein, denn am 16. 4. 53 gab der OB dem Regierungspräsidium von Südbaden, Abteilung Finanzwesen, sein Einverständnis mit den vom Kommandanten geäußerten Wünschen⁶⁷ bekannt. Nicht unerheblich war wohl der Druck einer „Interessengemeinschaft der Wohnungsverdrängten“ bei dem Vorgang. Im September und Oktober 1953 berichtet der „*Lahrer Anzeiger*“ über den Stand der Baustellen: „310 Besatzungswohnungen im Glockengumpen“ (1. 9. 53), „Wohnblocks schießen aus dem Boden“ (28. 10. 53)⁶⁸. Noch einmal wurden die Wohnungsprobleme 1956 von OB Friedrich erwähnt; er schrieb seinem französischen Briefpartner⁶⁹: „Es war, wie Sie selbst nur zu gut wissen, oft nicht leicht, das Baugelände zur Verfügung zu stellen.“ Hier wird übrigens auch nachträglich das Ziel der Bemühungen der Stadtverwaltung genannt: „die Verteidigung Europas“. Der OB beteuerte zum Schluß sein „Bestreben, . . . an der Vertiefung des Verhältnisses zwischen Franzosen und Deutschen zum Nutzen Europas mitzuhelfen“.

Zusammenfassend: in den Jahren 1945 bis 1948 standen Requisitions- und Ernährungsfragen und bis 1953 Wohnungsfragen in Lahr im Mittelpunkt der deutsch-französischen Interaktion auf Stadtebene. Wie der Alltag der Bevölkerung war auch die Arbeit der Behörden von den Aufgaben beherrscht, die die Notlage der ersten Nachkriegszeit und der Wiederaufbau stellten. Es wurden von deutschen und französischen Behörden divergierende Ansichten vertreten; manchmal liefen die Interessen auseinander, was zu Streitfällen führen konnte. Diese Streitfälle aber wurden durch Verhandlungen beigelegt, bei denen nicht immer die Deutschen nachgeben mußten, und die wiederum den Modus der Zusammenarbeit beeinflussten.

Paul Wäldin

Paul Wäldin war in der hier untersuchten Zeitspanne als Oberbürgermeister der Stadt der Hauptgesprächspartner der Franzosen. 1888 in Lahr geboren, hatte er Rechts- und Staatswissenschaften studiert und 1911 promoviert; im